

Beschluss



Deutscher
Bundesjugendring

79. Vollversammlung
27./28.10.2006 in Berlin

Europa spürbar sozial gestalten – Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007

Europa mit uns und für uns – junge Forderungen

Das europäische Einigungsprojekt ist weiter vorangeschritten als es viele bei seiner Begründung erwartet hätten. Viele hart erarbeitete Errungenschaften sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Hierzu gehört nicht zuletzt die längste Friedensperiode in der Mitte Europas. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an die Europäische Union. Junge Menschen fühlen sich schlecht informiert und von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Es ist an der Zeit, Europa wieder zu ihrem Zukunftsprojekt zu machen. Deutschland kann dazu während seiner Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen wichtigen Beitrag leisten.

Forderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft

Wir fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft folgende Ziele schwerpunktmäßig zu verfolgen:

1. Die Europäische Union braucht eine Verfassung – den Verfassungsprozess fortsetzen

Um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können, muss die EU handlungsfähig sein und vom Vertrauen ihrer Bürger getragen werden. Dafür braucht sie die europäische Verfassung mit ihren institutionellen Reformen, transparenten Verfahren und der klaren Zuordnung der Verantwortlichkeiten. Nur so kann sie ihre demokratische Legitimation stärken und das Vertrauen ihrer Bürger zurückgewinnen. Wir fordern die deutsche Ratspräsidentschaft deshalb auf, sich für eine Fortsetzung des Verfassungsprozesses einzusetzen oder nach Wegen zum Erhalt der Kernelemente des Verfassungsvertrages zu suchen. Dabei sollte sie die Ergebnisse der Diskussionen im Rahmen des „Plan D“ berücksichtigen. Ein Vorankommen in der Verfassungsfrage wird mit entscheidend für den Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft sein.

2. Für Vielfalt und Respekt – gleiche Chancen und soziale Integration für alle Jugendlichen

Jugendliche in Europa brauchen eine soziale Perspektive. Daher muss besonders die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen europaweit spürbar bekämpft werden. Der gesellschaftlichen und sozialen Ausgrenzung junger Menschen in sozial und wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen, mit Migrationshintergrund, in von Abwanderung betroffenen sowie wirtschaftlichen und strukturell unterentwickelten Gebieten und in benachteiligten Stadtgebieten muss entschlossen entgegengetreten werden.

Deshalb fordern wir die deutsche Ratspräsidentschaft auf, die soziale Integration von Jugendlichen auf die jugendpolitische Agenda der EU zu setzen und sich für eine wirksame Verbesserung der sozialen Integration junger Menschen durch integrierte und ressortübergreifende Politiken einzusetzen. Dazu gehören insbesondere die Umsetzung der im Europäischen Pakt für die Jugend genannten Zielsetzungen (u.a. Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Senkung des Anteils von Schulabbrüchen, Erhöhung der Ausbildung im Sekundarbereich II).

3. Die Partizipation von Jugendlichen an europäischen Fragen verbessern

Jugendlichen müssen mehr Angebote zum Mitmachen und Mitgestalten europäischer Fragen eröffnet werden. Die Jugendarbeit im europäischen Bereich sollte verstärkt vor Ort gefördert und anstelle von Großveranstaltungen kleinere Projekte gefördert werden, die leichter zugänglich sind. Europa sollte nicht nur Thema einer kleinen interessierten Gruppe sein. Echte Beteiligung von Jugendlichen erfordert kontinuierliche Arbeit und feste Strukturen. Wir fordern die deutsche Ratspräsidentschaft auf, den bestehenden Trend umzukehren und Projektarbeit nicht mehr auf Kosten der Verbandsarbeit zu fördern. Langfristige demokratische Erziehung darf nicht mit kurzfristiger Medien- und Projektarbeit konkurrieren müssen. **Ein wichtiger Ort für die Partizipation ist die Arbeitswelt.**

Wir fordern die Schaffung der Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung für junge Beschäftigte und Auszubildende in allen europäischen Ländern analog der in Deutschland bestehenden Möglichkeit zur Wahl von Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung für die Bildung von europäischen Jugend- und Auszubildendenvertretungen einsetzen, vergleichbar mit der auf Grundlage der EU-Richtlinie von 1994 zu bildenden europäischen Betriebsräten.

Darüber hinaus sollte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sich für folgende weitere Punkte einsetzen:

4. Zukunftsthemen für Jugendliche aufgreifen

Für die Zukunft unseres Kontinents spielen Fragen wie der Ausgleich zwischen den Generationen, einer nachhaltigen Politik im Umweltbereich sowie eine ausgewogene Sozialpolitik eine wichtige Rolle. Wir fordern die deutsche Ratspräsidentschaft auf, diese Fragen aufzugreifen und die Diskussion insbesondere mit der jungen Generation anzustoßen.

5. Verstärkt über Sinn, Nutzen und Kosten europäischer Lösungen diskutieren

Wir leben in einer global vernetzten Welt, in der die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten einzelner Staaten für die Lösung grenzüberschreitender Probleme nicht mehr genügen. Europäische Regelungen sichern dort Handlungsfähigkeit, wo die Mitgliedstaaten alleine zu klein sind. Andere Probleme können dagegen besser vor Ort durch die Mitgliedstaaten oder ihre unteren Ebenen geregelt werden. Wir fordern die deutsche Ratspräsidentschaft auf, eine aktive Diskussion darüber anzustoßen, welche Chancen, welcher Nut-

zen und welche Kosten mit einer Europäisierung bestimmter Fragen verbunden sind. Hierbei sollte möglichst neutral und ergebnisoffen vorgegangen werden.

6. Mehr Transparenz bei den Verfahren und Entscheidungsprozessen in der EU

Noch immer sind viele Verfahren in der EU undurchsichtig oder finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wir fordern daher die deutsche Ratspräsidentschaft auf, eine größere Transparenz, insbesondere im Rat, zu einem Kernanliegen zu machen.

Bei einer Enthaltung am 27./28. Oktober 2006 auf der Vollversammlung in Berlin beschlossen.